

## IHRE FRAGE ZUM KLIMA

Das Thema Klimaschutz betrifft uns alle. Uns steht ein großer Umbruch bevor. Natürlich gibt es wie bei jedem Umbruch Beharrungskräfte, Widerstände und vor allem viele, viele Fragen: Ist es wirklich nötig, dass wir unsere Lebensweise verändern?

Das Thema hat unzählige Facetten, angefangen bei der konkreten Stromrechnung, mit der jeder Mensch in Deutschland den Ausbau der erneuerbaren Energien via EEG-Umlage mitfinanziert. Wie funktioniert der Handel mit Emissionszertifikaten? Dürfen wir kein Fleisch mehr essen? Kaufe ich mir jetzt einen Stromer, oder warte ich, bis die Wasserstofftechnologie so weit ist? Die Unsicherheit ist groß. Welche Fragen treiben Sie in diesem Zusammenhang um? Stellen Sie uns diese Fragen! Lesen Sie dazu auch [frblog.de/klimastreik-2](http://frblog.de/klimastreik-2)

Ihr Bronski



**BRONSKI IST IHR  
MANN IN DER  
FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Leserbrief@fr.de](mailto:Leserbrief@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Wehrloser Rechtsstaat

Ibrahim Miri: „Glücksfall für Seehofer“, FR-Meinung vom 7. November

Der Libanese Miri sei, so Frau Rüssmann in ihrem Kommentar, ein Glücksfall für Seehofer. Nein, anders herum: Glücklicherweise reagiert Herr Seehofer!

Für mein Rechtsempfinden ist es unerträglich, dass sich eine Person wie der Libanese Miri hier wieder aufhält und Asyl beansprucht. Offensichtlich kann man (leider!) das Asylrecht hier nicht sofort als verwirkt entziehen. Es wäre aus meiner Sicht unerträglich, wenn Herr Seehofer nicht wenigstens versuchen würde, die Wiederholung solcher Fälle zu verhindern. Würde er das nicht machen, so würde er der Demokratie hier im Lande schaden. Denn ein „Weiter so, da kann man halt nichts machen“ fördert nur den Wunsch nach einer Alternative zu dieser Wehrlosigkeit unseres Rechtsstaats.

Thomas Nestinger, Bad Honnef

## Den Mund aufmachen

Zu: „Assange ist psychisch schwer geschädigt“, Leserforum vom 6.11.

Der Australier Assange, Whistleblower, ist im schmutzigsten Londoner Gefängnis weiterhin in Einzelhaft und nach Ihrer Mitteilung psychisch und mental schwer geschädigt. Haftgrund: Er offenbarte Menschheitsverbrechen. Wenn Politiker und Juristen bei Menschenrechten versagen, ist Widerstand der Bürger angesagt. Die Leser dieser Zeitungsmeldung vom 6.11. können der FR schreiben, dass die Freilassung von Assange zügig erfolgen soll. Also den Mund nach dem Vorbild von Greta Thunberg aufmachen.

Dietmut Thilenius, Bad Soden

## Nun ist einer von der alten Bande am Ruder

Zu: „Griechen fassen wieder Mut“ vom 5. November

Ihre positiven Zukunftsaussichten für Griechenland, das Börsenplus und das Heraufstufen durch zwei Ratingagenturen, können wohl nur echte neoliberale Herzen höherschlagen lassen.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt immer noch bei 33 Prozent (Eurostat Sep. 2019), 14 Prozent der griechischen Kinder sind unterernährt, und immer noch leben griechische Kinder in SOS-Kinderdörfern, weil ihre Eltern sie nicht ernähren können (die FR berichtete am 20.12.2018). George Protopapas, Leiter der SOS-Kinderdörfer in Griechenland, sagt, dass mehr als 40 Prozent der griechischen Kinder in Armut leben.

Schuld daran ist der Zwang zur Austeritätspolitik durch die EU. Ihre Aussage „Der Sparkurs trägt Früchte“ kann ich daher nur als zynisch ansehen. Über den „Hoffnungsträger“ (den neuen Premierminister) Mitsotakis kann ich nicht mal schmunzeln. Er gehört genau



Karikatur aus der FR vom Juli 2015.

THOMAS PLASSMANN

der Partei und der Familienbande an, die zusammen mit der Pasok und den verschiedenen Papandreous das Land heruntergewirtschaftet haben. Sämtliche (kleinen) Erfolge, die Sie in ihrem Artikel aufführen, sind allein der Verdienst der Grie-

chen mit ihrer Regierung unter Alexis Tsipras. Mitsotakis ist gerade seit vier Monaten Regierungschef. Mag sein, dass die EU, die Banken und die Börsen deswegen aufatmen. Denn nun ist wieder einer von ihnen am Ruder. Oliver Krämer, Langenfeld

### FR ERLEBEN

**Andreas Schwarzkopf** moderiert ein Gespräch über „Visiting the past: Von New York nach Fessenheim“. Der Film zeigt, wie Joan Salomon den Herkunftsort ihrer jüdischen Familie besucht. Darüber diskutieren nach der Filmvorführung die Produzentin Barbara Trottnow und Marc Grünbaum von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt.  
**Montag, 18. November, 19 Uhr  
Haus am Dom, Domstraße 3,  
Frankfurt.**

**Tobias Schwab** moderiert die Diskussion „Genuss mit Nebenwirkungen - Wie kaufe ich fair ein?“ Mit Sara Nuru (nuruCoffee), Dirk Heim (Rewe), Franziska Humbert (Oxfam) und Maike Möllers (GIZ).  
**Dienstag, 19. November, 18.30 Uhr  
Museum für Kommunikation  
Schaumainkai 53, Frankfurt**

**Bernd Hontschik** liest aus seinem Buch „Erkranken schadet Ihrer Gesundheit“, das auf seinen FR-Kolumnen beruht. Anschließend Diskussion.  
**Donnerstag, 21. November, 20 Uhr  
Buchladen Land in Sicht,  
Rotteckstr. 13, Frankfurt**

**Bascha Mika** wird im Deutschlandfunk Kultur zu den Themen des Tages zu hören sein.  
**Freitag, 22. November, 12 Uhr  
Deutschlandfunk Kultur**

**Peter Hanack** moderiert die Preisverleihung an die Science-Tours im Regionalpark Rhein-Main durch die UN-Dekade Biologische Vielfalt. Die Touren mit Wissenschaftlern der Goethe-Universität machen den Regionalpark zum Outdoor-Klassenzimmer.  
**Freitag, 29. November, 10 Uhr  
Regionalparkportal Weilbacher  
Kiesgruben, Frankfurter Straße 76,  
Flörsheim**

## Schluss mit der Sanktionspolitik!

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts: „Sanktionsdebatte geht nun erst richtig los“, FR-Wirtschaft vom 7. November

### Der Absturz auf Hartz IV ist Sanktion genug

Das Bundesverfassungsgericht argumentiert selbstwidersprüchlich, wenn es einerseits vom Gesetzgeber die Gewährung des Existenzminimums fordert, andererseits dessen Kürzung um 30 Prozent erlaubt. Diese skandalöse Erlaubnis muss ausgehebelt werden durch die vom Sozialgesetzbuch auferlegte Überprüfung der Wirksamkeit oder Kontraproduktivität der Sanktionen.

Ich kenne etwa den Fall einer alleinerziehenden Langzeitarbeitslosen, die unter Druck gesetzt wurde mit der Forderung, monatlich 20 Bewerbungen zu schreiben, obwohl sie psychische Probleme hat, die neun verschiedene psychologische Fachleute nicht einmal diagnostizieren, geschweige denn heilen konnten. Ich selbst kam erst nach jahrelanger Beobachtung und intimer Kenntnis der Familiengeschichte auf deren Grund.

Das Gericht unterlässt zu fragen, ob nicht der Absturz auf Hartz IV und die folgende vielfältig beklagte gesellschaftliche Isolierung genügend sanktionieren, um Arbeitswillen zu erzeugen. Auch der Gesichtspunkt der angeblich zumutbaren Niedriglohnzwangsarbeit bleibt außen vor, ebenso die Möglichkeit, durch Erhöhung der Mindestlöhne positiv zu motivieren. Unbedacht erscheinen auch die unschuldig in Sippenhaft genommenen Kinder der Sanktionierten.

Es scheint immer noch die von Schröder (SPD!) zum Gesetz gegessene Stammtischparole zu gelten, wer wolle, bekomme immer Arbeit, was sich durch Anwendung der Grundrechenarten bei Millionen Arbeitslosen und viel weniger freien Stellen als Unsinn erweist. Schröder brüstete sich, den Niedriglohnsektor aus-

geweitet zu haben. Die SPD in der Person von Minister Hubertus Heil hat nun die Chance, ihre mit Schröders Agendapolitik begonnene Talfahrt aufzuhalten und der AfD die Maske der Retterin der Abgehängten abzureißen. Dafür die Groko zu kündigen wäre lohnend. Friedrich Gehring, Backnang

### Die Politik hat die Verfassung missachtet

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt und festgestellt, dass das deutsche Sozialsystem 15 Jahre gegen die deutsche Verfassung verstoßen hat. Wenn man so will, wurde auch festgestellt, dass hierfür eine Politik verantwortlich war, die aus populistischen Gründen, siehe „Bild“-Zeitung, die Menschenwürde unbeachtet ließ.

Der Spruch der Karlsruher Richter zeigt auch auf, wie stark gegen die Menschenrechte gerichtet die gesamte Politik der sogenannten Agenda 2010 war. Leider tragen hierfür die Verantwortung gerade Sozialdemokraten, die offensichtlich vergessen hatten, welche Wurzeln ihre Partei hat und dass soziale Gerechtigkeit getreu dem Motto Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gerade für die Wählerinnen und Wähler der ältesten deutschen Partei eine elementare Bedeutung hat.

Auch im Hinblick auf die jüngste Empfehlung des Jusovorsitzenden Kevin Kühnert, der ein Ende der gesamten Sanktionspolitik fordert, ist gerade in dieser Zeit, in der die SPD über eine neue Führungsspitze abstimmt, die Notwendigkeit deutlich, dass die Sozialdemokratie sich bei ihren Wählerinnen und Wählern für die menschenverachtende Politik, die gerade durch die Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger zutage getreten ist, entschuldigt und einen radi-

kalen Trennungsstrich zu dieser Praxis zieht. Es ist an der Zeit, dass die SPD im Gegensatz zu Konservativen und Neoliberalen in Union und FDP sich zu ihren Fehlern bekennt.

Es ist gut, dass das Gericht der im Grundgesetz verankerten Menschenwürde wieder Geltung verschafft hat. Ich hätte es lieber gesehen, und es würde auch der Menschenwürde stärker entsprechen, wenn die Richter in den roten Roben die Sanktionspolitik generell beendet hätten. Es ist aber jetzt höchsttrichterlich festgestellt, dass viele Politiker offensichtlich in Gedankenlosigkeit oder von Vorurteilen gegen arme Menschen geprägt aus tagespolitischen Gründen bereit waren, die Verfassung zu missachten.

An die Adresse all derer, die meinen, aus diesem Faktum heraus ausgerechnet der AfD ihre Stimme geben zu müssen, sei jedoch gesagt, dass, hätte diese Partei eine Mehrheit im Parlament, die soziale Wirklichkeit für arme Menschen noch bitterer wäre. Denn die AfD hat noch entschieden verabscheuungswürdigere Vorstellungen als das, was sozial Schwache schon jetzt erleiden müssen.

Wir brauchen eine Politik, die Reformen wieder mit positiven Inhalten verknüpft. Und das lässt sich nur in einem Bündnis von SPD, Linken und Grünen erreichen. Das Urteil zeigt auf, wie wichtig eine Sozialpolitik ist, die Umverteilung von oben nach unten anstrebt und immer wieder bewusst macht, dass die Menschenwürde und das Sozialstaatsgebot, die im Grundgesetz als Staatsfundamentalnormen mit Ewigkeitscharakter festgeschrieben sind, beachtet werden.

Manfred Kirsch, Neuwied

**Diskussion:** [frblog.de/hartz](http://frblog.de/hartz)